

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 12

Artikel: England und Irland heute
Autor: Pick, F. W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158553>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

England und Irland heute.

Von **S. W. Pie**, London.

Wenige Stunden Dampferfahrt nur trennen England von Irland, welches ein Meer an Mißverständnissen und Irrtümern aber liegt zwischen beiden Ländern und Völkern! „Ich war mir stets der Tatsache bewußt, daß ich Irland nicht verstand; jetzt aber weiß ich, daß ich es nie verstehen werde, daß dies niemand kann,“ schrieb Curzon 1917 an Lord Midleton, der ein englisch-irisches Abkommen zu erreichen versuchte. „Curzon hatte so unrecht nicht,“ meinte Midleton dazu, und so haben viele Engländer vor ihm und nach ihm geurteilt. „Eines müssen Sie in Irland lernen: nie voraussagen wollen, was die nächsten vierundzwanzig Stunden in Irland bringen“ — so lautete die Warnung, die mir der Erstminister der irischen Nordgraftchaften, Lord Craigavon, gab, als ich ihn im vergangenen Sommer besuchte. Lord Craigavon spielte damit an jene jeelische Erscheinung im Keltentum an, die zu plötzlichen Schwankungen führt und die einem im englischen Volkstum wurzelnden Konservativen unverständlich, rätselhaft, ja unheimlich in ihrer Wucht erscheinen muß. Irland ist eine Insel der Rätsel, ein Land, dem Sänger wie Yeats und geistige Führer wie Shaw entwachsen, dem Staatsmänner wie De Valera und Craigavon entstammen.

Irlands Geschichte besteht mit all ihrer Größe und aller blutigen Tragik in dem Verhältnis zu Großbritannien. Und es ist das Eigenartige der irischen Stellung von heute, daß die Vergangenheit, das längst zur Geschichte Gewordene, für die reine Tagespolitik von entscheidender, ausschlaggebender Bedeutung ist. In diesem Geschichtsbewußtsein ähnelt der Ire in seiner Haltung der des Schweizer, steht in kennzeichnendem Gegensatz zu festländischen Großstaaten: die geschichtliche Tatsache etwa, daß Aachen einst die Hauptstadt „Frankreichs“ und „Deutschlands“ zugleich war, lernt zwar jeder Schulbub, der seinen Karl den Großen oder Charlemagne kennt — eine Tageswirkung aber geht davon nicht aus. Anders in Irland! Der irische Bauer, der in der Nähe des Felsens von Cashel über seine Pferdeweide geht, weiß um die Könige von Munster, kennt die jahrhundertealte geborstene Statue des heiligen Patrick, die vor der Ruine des Königsschlusses zu Cashel steht — und er folgt der Partei, gibt dem Kandidaten bei den nächsten Wahlen seine Stimme, die ihm die Sicherung seiner völkischen Eigenständigkeit am besten zu sichern scheint. Seine Kinder lernen wieder die alte, angestammte Sprache — er selbst hat sie nie gelernt, nie gesprochen; aber sprachen sie nicht seine Eltern noch? Gälisch ist zum Pflichtfach geworden, und das heranwachsende Geschlecht ist zweisprachig. Noch gibt es Briefträger, die nicht gälisch lesen können, aber schon gibt es keinen einzigen Lehrer im irischen Freistaat, in „Eire“ (sprich: ära), der nicht irisch sprachte und lehrte. Gewiß, dies hat zu seltsamen Blüten geführt: etwa dazu, daß sich zwar die Großeltern mit den Enkeln, nicht jedoch die Eltern mit den

Kindern in der alten gälischen Sprache unterhalten können; auch dazu, daß nur die Kinderseite in der Tageszeitung, einschließlich der Unterschriften unter den Mich-Maus-Bildern, in der irischen Sprache mit den schönen, eigenartigen „gothischen“ Schriftzeichen, die einem mittelalterlichen Text entsprungen zu sein scheinen, gedruckt ist, während der politische Hauptteil auf englisch abgefaßt ist. Ja es führte dazu, daß bei der Einsetzung des ersten Präsidenten, den Irland in seiner Geschichte aufzuweisen hat, ausschließlich irisch gesprochen wurde, was wohl über die Hälfte der anwesenden Iren nicht verstanden haben dürfte. Trotz allem aber liegt hier der größte und erstaunlichste Versuch eines ganzen Volkes vor, zu einer fast untergegangenen, angestammten Sprache zurückzukehren, das Beispiel eines Geschichtsbewußtseins, wie es einzigartig in einer vom geisternen Materialismus bedrohten Zeit dasteht.

England, das so selbstsicher durch die Geschichte ging, und in dessen Geschichte ein plötzliches Abreißen einer Entwicklung, ein Umsturz so selten war, hat — merkwürdigerweise — das irische Streben nach Eigenständigkeit nie verstanden, bis zu Gladstones Zeit nicht. Die innerpolitischen Kämpfe Großbritanniens bis hin zum Vorabend des Weltkrieges, ja während des Krieges noch, kreisten um die irische Frage. Irland muß ein Teil des Vereinigten Königreiches werden, genau wie Schottland und Wales, es muß, wenn notwendig, dazu gezwungen werden — dies war die Politik der Konservativen und der Liberal-Unionisten Englands bis zum englisch-irischen Vertrag vom 6. Dezember 1921. Erst der von Neville Chamberlain und Camon de Valera am 25. April 1938 unterzeichnete Vertrag zwischen der Regierung von Irland und der Regierung des Vereinigten Königreiches hat den Schlußstrich unter diese Politik des erzwungenen Anschlusses der irischen Insel an Großbritannien gezogen: Irland ist als selbständiger, freier Staat anerkannt worden, ein Staat gleichen Rechtes wie Großbritannien. Das ist das Ende eines uralten, blutigen Kampfes — blutig bis in unsere Tage — und es ist zugleich der Anfang einer neuen Entwicklung, die das Verhältnis Irlands zu Großbritannien wie zu den britischen Dominien von Grund auf neu gestalten wird. Auch seinen Einfluß auf die brennendste innerpolitische Sorge der irischen Insel, auf die Lösung der Frage, wie lange noch die sechs Nordgraftchaften Ulsters von Eire getrennt leben können, wird dieser englisch-irische Ausgleich bedeutenden Einfluß haben.

Selbstverständlich gibt es auch heute noch in England eine kleine Schicht von Menschen, denen der Verlust Irlands unsäglich ist — zu ihnen gehört etwa der über achtzigjährige Lord Midleton, dem die Entsendung britischer Soldaten 1922 zur Niederwerfung Irlands zu milde erschien. Zu ihnen gehört ferner die in Nordirland seit über zwanzig Jahren herrschende Schicht um die ehrwürdige Gestalt des im Kampf um Ulsters Eigenherrschaft ergrauten Lord Craigavon, des früheren James Craig. Sie halten

die seit Januar erfolgten Bombenanschläge, die von Iren in England begangen wurden, für eine Rechtfertigung ihrer eignen, starren Politik, die auf Irland keinen Verzicht leisten und heute zum mindesten den Norden um Belfast als Teil Großbritanniens erhalten wissen wollen. Was aber hat es mit diesen Bombenanschlägen auf sich? Auch sie entstammen Kreisen, die mit der bestehenden Ordnung des irisch=englischen Verhältnisses unzufrieden sind: aus der Verzweiflung, daß noch immer kein Allirland auf republikanischer und königsfeindlicher Grundlage erstand, stammt der Entschluß, England durch Bombenanschläge auf lebenswichtige Betriebe zum „Verzicht“ auf Irland zu bewegen. Es ist beinahe tragisch zu nennen, daß sie damit nur den Kreisen in die Hände spielen, denen die jetzige Lösung bereits zu weit geht.

Die Hintergründe sind durch die von der englischen Polizei beschlagnahmten Schriftstücke genügend geklärt: danach haben die Iren, die noch immer zu der aufgelösten „Irish Republican Army“ gehören, in England eine etwa 2—3000 Mann umfassende Verbindung aufgestellt; bei einer Besprechung zu Anfang 1938 (sie bezeichnete sich selbst als „General Army Convention“) wurde beschlossen, daß „die Zeit für einen Angriff auf England, den Unterdrücker der irischen Freiheit, jetzt günstig“ sei — dieser Beschluß wurde nur mit Zweidrittelmehrheit angenommen. „Das Große Haupt=Quartier in Dublin wies deshalb alle Einheiten in Großbritannien an, in der militärischen Vorbereitung fortzufahren, damit wir für die große vor uns liegende Arbeit bereit sind.“ Es folgten dann Einzelanweisungen, wie etwa das Verbot an die Anhänger, das Kreisgebiet zu verlassen und die Feststellung — unter Punkt 5 —, daß Widerseßlichkeit mit dem Tod bestraft werde. „In unserm nächsten Krieg gegen England müssen wir dieselben Verfahren (wie England nach dem Krieg gegen Irland) anwenden. Wir werden es durch die lebenswichtigen Betriebe ohne Verlust an Menschenleben angreifen.“ Die Gruppe der I.R.A., also der „Irish Republican Army“, stellte dann einen genauen Angriffsplan auf, der als „Plan C“ bekannt geworden ist. Am 13. Januar dieses Jahres erhielt das Auswärtige Amt in London ein Schreiben, das von Patrick Fleming im Namen der I. R. A. unterzeichnet war und in dem es hieß, die britischen Truppen müßten aus Irland (einschließlich Ulster) zurückgezogen werden, falls der Friede erhalten bleiben solle. „Die Regierung der Irischen Republik glaubt, daß eine Zeitdauer von vier Tagen genügt, um Ihrer Regierung Gelegenheit zu geben, ihre Absicht in der Frage der Räumung kundzutun. Unsere Regierung behält sich das Recht vor, nach Ablauf dieser Frist geeignete Schritte zu unternehmen. . .“ — Vier Tage darauf begannen jene Bombenanschläge in England, die von der festländischen Presse in ihrer Bedeutung wesentlich überschätzt wurden; wie jeder Kenner irischer Dinge wußte, handelte es sich hier um den letzten Verzweiflungsschritt einer kleinen Schar enttäuschter Iren, die heute schon erkennen, daß die „Kampfanfrage“ und die anfänglich geglückten Anschläge zu nichts geführt haben. De Valera selbst

hat eine scharfe Erklärung des Inhalts abgegeben, daß sich keine Gruppe außer den verfassungsmäßig gewählten Männern seiner Regierung als Vertreter Irlands aufspielen könne — und er hat ein Hochverratsgesetz eingebracht, das soeben mit überwältigender Mehrheit im irischen Landtag, dem Dail (sprich: dol), angenommen wurde.

Diese Haltung des irischen Erstministers, des „Taoiseach“, wie seine amtliche Bezeichnung seit der neuen Verfassung lautet, ist nicht verwunderlich, obwohl De Valera selbst früher an der Spitze der Freiheitskämpfer der F. R. A. gestanden hat. Die „Irish Republican Army“ wurde schon von De Valeras scharf bekämpftem Vorgänger, Cosgrave, verboten. Als dann 1932 De Valera wieder an die Macht kam, schlossen sich ihm und seiner Regierung die Mehrheit der alten Freiheitskämpfer an, ja in den letzten allgemeinen Wahlen erhielt De Valeras Partei „Fianna Fail“ eine absolute Mehrheit über alle andern Parteien zusammengenommen. So glaubte De Valera im Dezember 1937 das von Cosgrave erlassene Schutzgesetz für den Freistaat aufheben zu können: er hatte die letzten Reste der verärgert abseits stehenden F. R. A. entwaffnet und konnte mit einer allgemeinen Befriedung rechnen. Auch Craigavon in Ulster war im vergangenen Jahr der Meinung, daß die Zeiten der Bombenanschläge, der Politik des Faustrechts, überwunden seien. Der neue Ausbruch kam daher als eine Überraschung — es scheint sich um ein letztes Aufflammen zu handeln. Trotzdem hat nunmehr De Valera ein neues Schutzgesetz vorgelegt und es ist gegen nur zehn Stimmen (der Arbeiterpartei und dreier Unabhängiger) angenommen worden.

Das irisch-englische Verhältnis hat demnach trotz dieser neuen Wirren seine feste Grundlage einmal in der irischen Verfassung vom 29. Dezember 1937 und zum andern in dem irisch-englischen Vertrag vom 25. April 1938 gefunden. Die Verfassung ist ein großes Werk, das alle von De Valera erstrebten Grundzüge enthält, zugleich aber den Rahmen für ein gutes Zusammenleben aller Gruppen und Parteien im Staat abgeben kann. „Bis zur Wiederangliederung von Staatsgebiet und ohne Beeinträchtigung des Rechts des Parlaments und der Regierung, die verfassungsmäßig eingesetzt ist, um die Rechtsprechung über das ganze Gebiet auszuüben, sollen die von diesem Parlament verabschiedeten Gesetze nur das Gebiet und den Anwendungsbereich der Gesetze des Freistaats haben. . .“ Dies ist der Ausgangspunkt der Verfassung des nunmehr „Eire“ genannten Staates: er macht Anspruch auf die gesamte Insel, gesteht aber „bis zur Angliederung“ der sechs Nordgrafschaften zu, daß seine Gesetzesgewalt nur auf die sechsundzwanzig übrigen Grafschaften, die den früheren Freistaat bildeten, Anwendung finden soll. Der so auch verfassungsmäßig angemeldete Anspruch auf Ulster, der Kampf gegen die als unnatürlich empfundene Gebietsteilung, die „partition“ ist heute das letzte große Hindernis, das einer endgültigen Befriedung Irlands entgegensteht und auch das irisch-englische Verhältnis

trübt. Ulster wird von London aus mitregiert, es untersteht ressortmäßig dem britischen Innenminister, mag es auch über ein eignes Parlament, ein eignes Kabinett und einen königlichen Generalgouverneur — heute Lord Abercorn — verfügen. Ulster ist aber zu klein, um politisch oder wirtschaftlich ein eigenstaatliches Leben zu führen, und es hat, wenigstens unter der heute dort noch herrschenden Schicht, Anlehnung an England gesucht. England hat dies bis 1937 für eine gute Lösung der irischen Frage gehalten, dann aber eine wahrscheinlich in seiner Tragweite in Ulster kaum noch richtig erkannte Schwenkung vollzogen, indem es erklärte, es werde sich in der Frage des Anschlusses der Nordgrafschaften an Eire „neutral“ verhalten. Bleibt aber England tatsächlich gleichgültig gegenüber Ulster, gibt es den Nordgrafschaften keine wirtschaftlichen Vorteile mehr, überläßt es sie ihrem Schicksal, so kann kein Zweifel sein, wie dieses Schicksal sich gestalten wird: Nordirland wird sich dann auf die Dauer dem einmütigen Wunsch sämtlicher Gruppen und Parteien Eires nach einem Anschluß nicht entziehen können, zumal etwa ein Drittel der Bevölkerung der Nordgrafschaften heute schon für ein geeintes Allirland eintritt.

Die Verfassung, die den Rahmen für ein Staatsleben Allirlands abgeben soll, hat auch Irlands Verhältnis zum britischen König zu klären versucht: im Wortlaut der Verfassung kommt weder der König, noch sein Stellvertreter, der Generalgouverneur, noch der britische Staatenbund vor. Bedeutet dies den völlig Bruch mit Großbritannien und den Dominien? Diese Frage muß verneint werden. Wohl ist der Generalgouverneur abgeschafft: 1932 hatte De Valera die Abberufung des damaligen Vertreters des Königs, James McNeill, erzwungen, ihn aber durch einen Mann seiner Wahl, D. Buckley, ersetzen lassen, dessen Aufgabe darin bestand, nach Möglichkeit nicht in Erscheinung zu treten. Schon er bewohnte nicht mehr die „Viceregal Lodge“ oberhalb Dublins, den großartigen Sitz des britischen „Bizekönigs“. Mit der Verfassung ist nun das Amt des Generalgouverneurs aufgehoben. Er zeichnete im Namen des Königs die Gesetze, bestätigte die Minister, löste der Form nach das Abgeordnetenhaus auf und berief es ein, ernannte die Mitglieder der Militärgerichte und alle Richter. Diese Rechte wurden im Dezember 1936, nach der Abdankung Eduard VIII., dem Generalgouverneur entzogen und meist dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses übertragen — die jetzt in Kraft befindliche Verfassung gibt sie fast alle dem neuen Präsidenten Eires. Damals, Ende 1936, war die irische Regierung durch ein besonderes Gesetz ermächtigt worden, jenes Organ mit der Wahrnehmung der außenpolitischen Aufgaben zu betrauen, das auch die britischen Dominien dazu benutzen — nämlich den englischen König. Die Verfassung von 1937 ging einen kleinen Schritt weiter und bestimmt: Die irische Regierung „mag ein Organ, Werkzeug oder Verfahren benutzen oder annehmen, das zum gleichen Zweck benutzt oder angenommen wird von irgendeiner Gruppe oder einem Bund von Nationen, mit denen Eire zum Zweck der internationalen Zusammenarbeit in Fragen gemein-

samer Bedeutung zusammengeht.“ Hiernach ist die irische Verfassung also auch anwendbar, wenn sich Eire entschließen würde, sich einem andern Staatenverband als dem britischen anzugliedern, . . . eine offensichtlich weitgehende Verfassungsbestimmung, auch wenn Irland keineswegs die Absicht hat, einen solchen Schritt zu tun. Das letzte Wort im Verhältnis Irlands zum englischen König, zu England und zu den Dominien ist noch nicht gesprochen, kann auch gar nicht gesprochen werden, so lange es kein befriedetes Ulirland gibt.

Das Oberhaupt Irlands ist der Präsident, der in der ehemaligen „Viceregal Lodge“ wohnt: er ernennt den Taoiseach, den Erstminister, der vom Abgeordnetenhaus gewählt wird; er ernennt die Minister, die der Taoiseach vorschlägt; er löst das Parlament auf und beruft es ein; er kann einen Volksentscheid anberaumen; er zeichnet alle Gesetze; er ist oberster Befehlshaber, . . . kurz er hat alle Rechte eines verfassungsmäßigen Präsidenten einer Republik. Mit der Einsetzung Hyde zum ersten Präsidenten Eires am 25. Juni 1938 ist somit auch das Verhältnis zu England weiter geklärt worden. Zugleich ist Hyde als Protestant und als ein in ganz Irland verehrter Gelehrter und Schriftsteller ein neues Bindeglied zum vorwiegend protestantischen Ulster.

England hat seinerzeit bei der Einführung der neuen Verfassung erklärt, daß es darin keine Änderung des irischen Verhältnisses zum britischen Staatenverband sehe. In dem Vertrag vom 25. April 1938 hat es dann stillschweigend die Eigenstaatlichkeit Irlands anerkannt, ja Neville Chamberlain ist in der Rücksichtnahme auf irische Empfindlichkeiten soweit gegangen, in den Vertragstexten die eigne Regierung in einer vorher nie benutzten Form zu bezeichnen: statt „His Majesty's Government“ heißt es nämlich stets „Government of the United Kingdom“, und somit ist auch die leiseste Anspielung auf den britischen König unterblieben. Der Vertrag brachte die Beilegung des alten Streits um die Jahreszahlungen, die Irland an England abzuführen hatte. Unter Cosgrave waren diese Zahlungen pünktlich geleistet worden; sie entstammten der Ablösung früherer englischer Großgrundbesitzer in Irland, denen eine Entschädigung für ihr abgetretenes Land gezahlt wurde. De Valera stellte 1932 diese Zahlungen ein, weil nach irischer völkischer Auffassung jene Ländereien ursprünglich irisch gewesen, also nur einen englischen „Raub“ darstellten, für den keine Entschädigung zu zahlen sei. . . Gegen eine Schlußzahlung von 10 Millionen Pfund wurden alle alten Schulden für gelöscht erklärt. Zugleich fand der irisch=englische Handelskrieg sein Ende. Hier, im Wirtschaftlichen, liegt auch ein gewichtiger Grund, der eine weitere Besserung des irisch=englischen Verhältnisses verspricht: selbst während des Höhepunktes des Handelskrieges gingen etwa 80 v. H. aller irischen Ausfuhr Güter nach England. Und heute sind es wieder über 90 v. H. Irland seinerseits nimmt je Kopf der Bevölkerung im Jahr für fast 7 Pfund englische Waren auf — gegen 16 sh. 7 d. der Schweiz, 7 sh. 3 d. Frankreichs und 6 sh. Deutschlands. Man kann sagen,

daß Irland mit England eine Wirtschaftseinheit darstellt — dies mag in irischen Ohren nicht gut klingen, entspricht aber dem tatsächlichen Verhältnis. Auch die beachtlichen Ansätze einer Eigenindustrie, die sich während der letzten sechs, acht Jahre gezeigt haben und staatlich gefördert wurden, ändern daran wenig. Diese von De Valera geförderte Eigenindustrie ist zweifellos vor allem auch vom Seelischen aus gesehen wichtig, gibt sie doch der Selbstständigkeit des irischen Staates einen inneren Rückhalt, der beachtlich ist. Weiterhin soll sie der Auswanderung entgegenarbeiten.

Wie verhält sich Irland im Kriegsfall? Diese Frage ist naturgemäß mit verstärkter Dringlichkeit gestellt worden, als Europa im vergangenen Herbst in den Abgrund eines neuen Weltkrieges schaute. Damals erklärte De Valera, daß Irland nie den Ausgangspunkt oder Landeplatz eines Angreifers auf Großbritannien abgeben werde — eine beachtliche Erklärung, wenn auch mehr im Negativen. Seitdem aber ist auch der Öffentlichkeit der zunächst vertraulich geschriebene Bericht eines irischen Soldaten bekannt geworden, der für die „Conference on British Commonwealth Relations“, also für die Konferenz über das Verhältnis der britischen Staaten zueinander, im September 1938 in Sidney vorgelegt wurde. „Man kann wohl annehmen,“ heißt es da, „daß Irland bei einem größeren Krieg, in den England verwickelt würde, nicht neutral bleiben könnte. Selbst wenn wir annehmen, die irische Regierung würde zunächst ihre Neutralität erklären, und wenn wir die beträchtlich weitergehende Annahme machen, daß sowohl Großbritannien als auch die andern kriegsführenden Mächte diese Neutralität anerkennen würden, selbst dann müßte der unvermeidliche Verlauf des Krieges es dazu bringen, daß Irland in den Abgrund hineingezogen wird.“ Die dann angeführten Gründe hat sich De Valera in seiner wichtigen Rede vom 16. Februar dieses Jahres im Dail zu eigen gemacht: Eire, so sagte er, und so sagte der ungenannte Verfasser der eben angeführten Denkschrift, würde im Kriegsfall weiterhin Nahrungsmittel nach England senden. Dies würde der Feind zum Anlaß nehmen, irische Häfen zu beschießen und mit Bomben zu belegen. „Deshalb unternimmt die Regierung Eires alle Verteidigungsmaßnahmen, um ihr Gebiet gegen einen solchen Angriff zu schützen, und deshalb legt sie jetzt die Voranschläge über 5½ Millionen Pfund vor.“ De Valera betonte zugleich, daß er keinerlei Abkommen mit England eingegangen sei, ja daß Großbritannien nicht über die Verteidigungsmaßnahmen unterrichtet werde — womit Irland also sogar weitergeht als Ägypten oder, in gewissem Sinn, sogar Frankreich. . . Wird aber damit De Valeras Erklärung über die Unvermeidbarkeit eines Krieges für Irland im Fall eines Krieges für England nicht umso eindringlicher? Allerdings läßt sich nicht leugnen, daß auch eine militärische Zusammenarbeit, und eine irgendwie geartete Abstimmung der Außenpolitik zwischen Ländern als notwendig erscheint, bei denen die Frage des Krieges und des Friedens so gleichartig liegt. Diese Zusammenarbeit jedoch

will De Valera, wie er früher oft gesagt hat, nur zugestehen, wenn die ganze Insel geeint ist, er also für Irland einen Verteidigungsplan aufstellen kann. Mag dies den Denkgesetzen der Logik nicht ganz entsprechen, politisch ist diese Haltung zweifellos sinnvoll.

In dem zwischen England und Irland im vergangenen Jahr abgeschlossenen Vertrag verzichtete England auf die seit 1921 ausgeübte Befestigung von Berehaven im Westen Irlands, von Cobh (Queenstown) im Süden und von Lough Swilly im Osten. In allen drei Häfen hatte England auch Garnisonen unterhalten, die nicht von der Flotte, sondern vom regulären Heer gestellt worden waren — so hatte man auch in den letzten Jahren gelegentlich noch das Schauspiel einer auf irischem Boden marschierenden englischen Heeresgruppe erleben können. Dies war von den Iren mehr und mehr als unerträglich empfunden worden. Schon 1921 hatte man im Artikel 6 des englisch-irischen Vertrages festgelegt, daß England jene Häfen nur „bis zu einer Regelung“ besetzen sollte, durch die Irland die „eigene Küstenverteidigung unternimmt“, und man hatte eine Konferenz hierfür vorgesehen. Neville Chamberlains Regierung hat ohne jegliche Bedingungen auf das Besatzungsrecht verzichtet, und die Häfen werden jetzt von Irland selbst ausgebaut und befestigt. Hierfür ist ein Teil der von De Valera vor wenigen Wochen beantragten Gelder gedacht. Winston Churchill hat im vergangenen Jahr die englische Regierung scharf angegriffen, weil sie bedingungslos auf die Häfen verzichtet hatte: Admiral Beatty und der gesamte Stab der Admiralität erklärten 1921, daß es ohne die drei Häfen sehr schwierig sein würde, England zu ernähren, so hat Churchill damals warnend erklärt. Seine Warnung ist durchaus berechtigt: aber sowohl Neville Chamberlain wie De Valera sind sich dieser Tatsache bewußt. Und die Tatsache des bedingungslosen Überantwortens der Häfen an Eire, eine Handlung des Vertrauens und der offenen Anerkennung der berechtigten irischen Ablehnung fremder Besetzung der Häfen, hat ihre Früchte getragen. Heute werden die Häfen von Irland befestigt, von einem Irland, das erkannt hat, daß es auf Tod und Leben — bei jedem Krieg, in den England verwickelt wird — an England gebunden ist. Durch Zwang war eine solche Erkenntnis nicht durchzusetzen. Durch ehrliches Verstehen nur ist es dazu gekommen.

England und Irland, zwei Inseln, die nur durch die Irische See voneinander getrennt sind, deren Geschichte eine Kette tragischer Irrtümer, grausamer Enttäuschungen und unerhörter Gewalttaten bis in unsere Tage gewesen ist — gehen sie einer besseren Zukunft, einem Freundschaftsverhältnis entgegen? Zwischen England und Irland gibt es keine Spannungen mehr, es sei denn die Erinnerung, die noch kaum vom Nebel der Vergangenheit verhüllt ist, nur schwer ins Dunkel des Vergessens versinken kann. Daneben steht die ungelöste Sorge um Ulster, die Sehnsucht nach einem allirischen Staat; sie ist noch unbefriedigt, und der Weg bis zur Errichtung eines geeinten irischen Staates kann noch voller Überraschungen

und Erschütterungen sein. Im Ganzen aber ist es unleugbar heute dahin gekommen, daß beide Länder, beide Völker, sich näher rücken: „Kein Teil des irischen Volkes hegt einen Haß auf das englische Volk als solches. Wir wollen Freunde sein.“ Das hat niemand anders als De Valera selbst gesagt, am 16. Februar dieses Jahres bei der Einbringung der Heeresvorlage. Ein befriedetes Irland wird für England, und damit für das britische Weltreich eine Kraftquelle ungeahnten Ausmaßes darstellen. Ein versöhntes Irland wird eine Rückenstärkung bedeuten, deren Bedeutung nicht leicht überschätzt werden kann. Ein ausgesöhntes Irland stärkt auch die Bande zwischen England und den Vereinigten Staaten, eine nur zu oft übersehene weltpolitische Wirkung des alten englisch-irischen Streits und der neu beginnenden Freundschaft. Amerikas Übermillionen eingewanderter Iren — auch der Londoner Botschafter Kennedy ist irischer Herkunft — werden die neue englisch-amerikanische innere Annäherung erleichtern. Selten nur hat ein Beobachter, der über England und Irland schrieb, hoffnungsvoll schließen können; heute aber kann er es.

Der Kommunismus als Weltgefahr.

Von R. Deonna.

I. Einleitende Bemerkungen.

Es gibt heute in der Schweiz wie auch in den anderen Ländern vielfach gute Patrioten, die sich der verschiedensten Gefahren für ihr Volk bewußt sind, aber an die bolschewistische Gefahr nicht mehr glauben wollen. Diese meist gutgläubigen Leute jagen sich, der Kommunismus habe eine Schlappe nach der anderen erlitten und in zahlreichen Ländern immer mehr an Boden verloren; deshalb sei er in seiner vergiftenden Auswirkung stark geschwächt.

Diese Optimisten täuschen sich leider. Wenn auch der Bolschewismus zweifellos große Niederlagen zu verzeichnen hat, so bedeutet er im nationalen und internationalen Leben der Völker nach wie vor eine Gefahr, die für ein Land, das ihn bei sich duldet, im kritischen Augenblick leicht tödlich werden kann. Der Bolschewismus ist für das soziale, wirtschaftliche und politische Gleichgewicht der Welt so lange eine unmittelbare Gefahr, als auf dem Schachbrett der zwischenstaatlichen Beziehungen die Hauptspielfigur: das durch innere Unruhen belastete Rußland fehlt.

II. Durch Verührung mit dem Bolschewismus zerfällt alles.

Für die heftige Auswirkung des kommunistischen Giftes lassen sich aus der Zeitgeschichte zahlreiche Beweise anführen. Alle Länder wie auch alle Organisationen, die der revolutionären Propaganda Moskaus be-